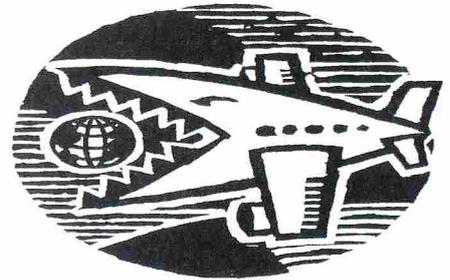


Unruhe bleibt die erste Bürgerpflicht



Was wäre eigentlich gewesen, wenn es rings um den Flughafen Ende des vergangenen Jahres keinen Aufschrei gegeben hätte, als der Lufthansa-Boß und einflußreiche Wirtschaftskreise eine weitere Startbahn forderten.

Mut hätten sie gefaßt, die Herrschaften und ihre Pläne vorangetrieben. So aber gab es den vielstimmigen Protest und auch weiter „oben“ merkte man, daß „unten“ noch nicht alles vergessen ist. Eigentlich doch noch ein später Erfolg der großen Bürgerbewegung gegen die Startbahn-West.

Aber man soll nicht denken, die Ausbaubetreiber würden klein beigeben. Sie überlegen schon, wie der nächste Anlauf aussehen soll.

Im Gespräch ist Erbenheim, favorisiert ist aber offensichtlich eine dritte Parallelbahn im Schwanheimer Wald. Das ist zwar Bannwald, aber „was solls“, denken sich die Herrschaften in den Chefetagen.

Hochinteressant auch ein paar Erscheinungen die man von früher kennt: Damals: CDU, SPD, F.D.P. „oben“ dafür, „unten“ dagegen. Ähnliches auch jetzt. Die CDU will „oben“ kein rot-grünes Tabu für die Erweiterung - „unten“ zieren sie sich noch, die Haselbachs und Jungs.

Und bei der SPD? Karl Starzacher, Finanzminister und FAG-Aufsichtsratsvorsitzender fordert zynisch: „Ein Airport, der in der Weltliga mitspielen will, kann kein naturbelassenes Biotop und kein friedlicher Ort der Ruhe und Einker sein“.

Armin Clauss, Chef der SPD-Landtagsfraktion: „Man muß über den Zaun hinaus denken“. Nun sollten die Flughafen-Anrainer aber langsam mal beginnen „über den Zaun hineinzudenken“. Die Belastungen die schon jetzt vom Airport ausgehen, sind kaum noch zu ertragen. Dabei sind viele der „Geschäfte“ die dort gemacht werden schlichtweg kriminell und pervers. Ich weiß wirklich nicht, ob man „Shopping in New York“ braucht. In der „Welt am Sonntag“ (14.12.97) wird sogar angeboten „Golfen rund um die Welt“. Andere inserieren „für 99 Mark nach München“, wieder andere wollen schnellstens eine Spielbank auf dem

Flughafen. Man kann es endlos fortsetzen. Natürlich gibt es einflußreiche Leute, die in 21 Tagen rund um den Globus golfen wollen und können. Wer fragt da nach CO₂-Emissionen und Stickoxiden, nach Waldverlusten und Krach. Also muß man öffentlich Druck entwickeln. Nicht alles was technisch machbar ist, darf auch gemacht werden. Der Flughafen ist nicht nur ein umzäuntes Gelände. Drumherum wohnen Leute, und sie müssen hier auch leben können. Es geht nicht nur um Arbeitsplätze, es geht auch um die Gesundheit der Menschen, die hier wohnen, um lebenswerte Zukunft für die nach uns kommenden. R. Hechler

FR 19. 12. 1997

CDU bekennt sich offen zur neuer Startbahn

Auch Nachtflugbeschränkungen sind der Union zu strikt

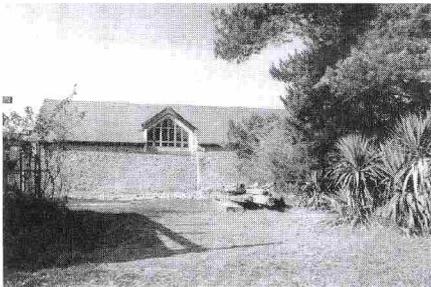
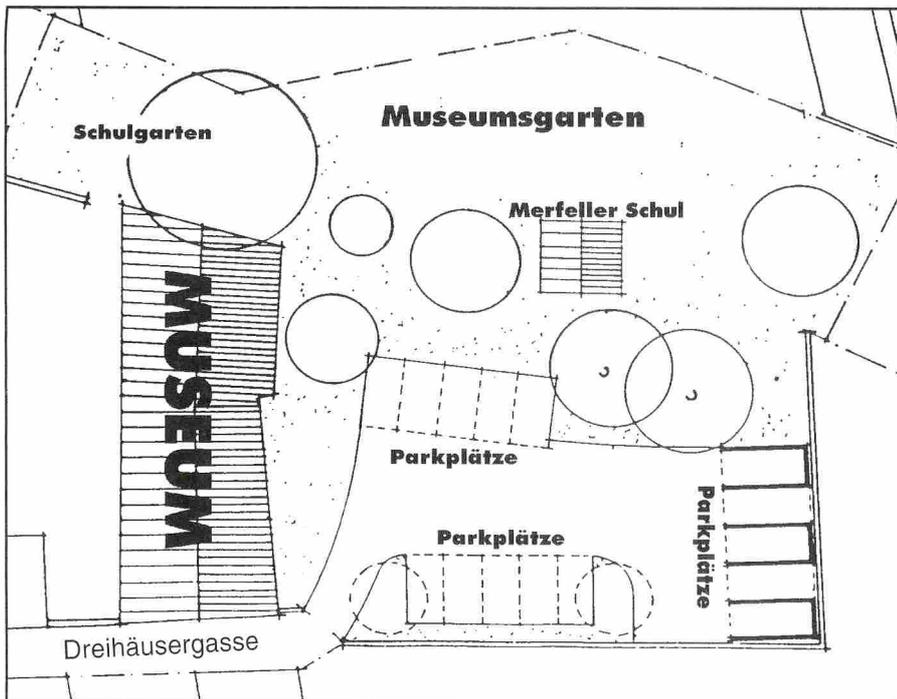
Die Frankfurter CDU hat sich nun auch öffentlich für den Bau einer weiteren Start- und Landebahn auf dem Rhein-Main-Flughafen ausgesprochen und gleichzeitig noch eine Lockerung der Nachtflugbeschränkungen gefordert.

In einer vom Kreisvorstand einstimmig verabschiedeten Erklärung bekundet die Union „Verständnis für die vom Lufthansa-Chef Jürgen Weber erhobene Forderung nach einer neuen Start-/Landebahn bzw. einem unabhängigen Parallelbahn-System.“ Die Kapazitätserweiterung des Airports dürfe „nicht länger mit einem rot-grünen Tabu belegt sein“, sagte der VDU-Kreisvorsitzende Udo Corts. Die

des Flughafenausbaus warf der Kreisvorstand vor, „bewußt mit Übertreibungen zu arbeiten, mit denen die Bevölkerung verängstigt werden soll.“ Zitate wie „weite Teile des Umlandes und insbesondere Frankfurts würden unbewohnter“ disqualifizierten ihre Verfasser. Trotzdem würden die Ausbaugegner in „unverantwortlicher Weise von Politikern, insbesondere der Grünen, unterstützt, auch von solchen, die im Frankfurter Magistrat sitzen und das Flugzeug als Verkehrsmittel gerne selbst in Anspruch nehmen.“

Könne Rhein-Main seine Kapazitäten nicht spürbar erhöhen, prophezeit die CDU der Region einen wirtschaftlichen Niedergang. Neue F...

Eine Million für 15 Parkplätze?



Das „Hofmeyer“-Gelände



Die Dreihäusergasse

Der DKP/OL-Fraktion liegen erste Pläne der Stadt für die Nutzung des „Hofmeyer“-Geländes hinter dem Heimatmuseum in Mörfelden vor.

Danach sollen insgesamt fünfzehn Parkplätze hinter dem Museum eingerichtet werden. Das ist schlichtweg ein Unding und nicht zu akzeptieren.

Der Erwerb des Geländes hat mehrere Hunderttausend Mark gekostet, der übereilte Abriß des „Hofmeyer“-Hauses war auch nicht billig. Mit den Kosten für die Einrichtung der Parkplätze kommt man schnell auf eine Million Mark. Es geht aber nicht nur um die Kosten.

Gegen Parkplätze an dieser Stelle gibt es weitere gute Argumente:

Die Ein- und Ausfahrt.

Vor 40 Jahren konnte man noch leicht in die Dreihäusergasse ein- und ausfahren.

Heute herrscht jedoch auf der Langgasse starker Verkehr. Die Gasse selbst ist so eng, daß kein Auto an einem anderen vorbeikommt. Man muß dann schon mal in eine Hofeinfahrt ausweichen.

Die Sicherheit.

Nachts könnte der Parkplatz kaum benutzt werden, er ist zu abgelegen und müßte abgeschlossen oder taghell beleuchtet werden.

Es fehlen für die städtischen Bediensteten Parkplätze - wird uns mitgeteilt.

Viele darauf angesprochene Bürgerinnen und Bürger von Mörfelden fragen: „Könnte man den Kolleginnen und Kollegen, die hier arbeiten, nicht zumuten, auf dem Festplatz zu parken und bis zum Rathaus zu Fuß zu gehen?“ Die Frage ist berechtigt.

Der Museumsgarten mit der alten „Merfeller Schul“ und dem „Hofmeyer“-Gelände könnte eine schöne Parkanlage werden. Diese städtebauliche Chance muß man nutzen. Parkplätze sollten hier auf keinen Fall geschaffen werden. Dem Parlament liegt der Plan bisher nicht vor - die DKP/OL wird sich dafür einsetzen, daß über die Nutzung des „Hofmeyer“-Geländes im Rahmen des von uns geforderten Gesamtplanes für die Mörfelder Altstadt entschieden wird.

Aufgeregtheit im Rathaus

Nach der Veröffentlichung der Parkplatzpläne gab es im Rathaus eine ziemlich Aufregung. Für uns nicht zu verstehen. Wir haben schon mehrmals öffentlich gesagt, daß wir Parkplätze an dieser Stelle für falsch halten.

Bei einer nochmaligen Besichtigung des angesprochenen Geländes hinter dem Museum wurde unser Eindruck verstärkt, daß jeder Parkplatz an dieser Stelle falsch wäre. Die Zufahrt durch die Dreihäusergasse, das Ein- und Ausfahren auf die Langgasse sind gefährlich. Wir hoffen, daß das beim Bürgermeister und seinen Planern genau so gesehen wird. In einem Brief vom Mai 1979 aus dem Rathaus heißt es noch: „Die Zufahrt durch die Dreihäusergasse ist derart beengt, daß einer weiteren Verdichtung in diesem Bereich nicht zugestimmt werden kann.“ Dabei sollte man bleiben und nicht ständig neue Pläne aushecken.

Rekorde

Im Jahre 1997 gab es auf dem Frankfurter Flughafen 392.121 Starts und Landungen. (Ein Zuwachs zum Vorjahr von 1,9%).

Erstmals gab es 1997 über 40 Millionen Passagiere (40.271.219, das sind 3,9% mehr als 1996).

Die Luftfracht nahm um 2,5% auf 1,4 Millionen Tonnen zu.

Über das Wachstum der Atemwegs- und Herz-Kreislaufkrankungen gibt es noch keine Angaben.

*Soll das heißen,
daß wir draußen bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen
müssen
Weil da große Herrn geruhn,
uns vorzuschreiben
Was da zukommt uns an
Leiden und Genüssen?*

*Besser scheint's uns doch,
aufzubegehren
Und auf keine kleinste Freude zu
verzichten
Und die Leidenstifter kräftig
abzuwehren
Und die Welt uns endlich
häuslich einzurichten!*

Bertolt Brecht



Brecht wird 100

Am 10. Februar 1898 wurde Bertolt Brecht in Augsburg geboren. Auf der ganzen Welt wird sein 100. Geburtstag beachtet. Er war und ist einer der größten Dichter Deutschlands. Er bleibt hochaktuell. Vor allem für die „kleinen Leute“ lohnt es sich, Brecht zu lesen.

Für Dienstag, 10. Februar 1998, lädt der „blickpunkt“ alle Bürgerinnen und Bürger zu einer Brecht-Geburtstagsfeier ein. Treffpunkt: 20 Uhr, „Goldener Apfel“, Gewölbekeller.

Unsere Fasia ist tot. Sie war oft in Mörfelden sang mit unserer Skiffle-Gruppe. Ihre unverwechselbare Stimme, die auf so vielen Straßen in unserem Land und in dieser Welt zu hören war, die Mut machte und Kraft gab, ist verstummt.

Fasia Jansen hat es nicht leicht gehabt und sie hat es sich nicht leicht gemacht. Als Tochter eines liberianischen Diplomaten und einer Deutschen am 6. Juni 1929 in Hamburg geboren, wurde sie wegen ihrer Hautfarbe von den Nazis diskriminiert und verfolgt. Mit 14 Jahren wurde sie als "Fremdarbeiterin" in das KZ Neuengamme zwangsverpflichtet. Diese bitteren persönlichen Erfahrungen machten aus ihr eine konsequente Gegnerin von Krieg und Faschismus.

Sie war dabei, als die Ostermarschierer ihren Protest gegen das atomare Wettrüsten und gegen die geplante Atombewaffnung der Bundeswehr auf die Straßen trugen.

Der aufrechte Gang und das Lied als Waffe - Fasia lebte es vor: Bei zahllosen Streiks und gewerkschaftlichen Aktionen, beim Kampf der Stahlarbeiter von Rheinhausen, bei Aktionen der Frauen für Gleichberechtigung und gleichen Lohn für gleiche Arbeit, bei kleinen Festen vor Ort und großen UZ-Pressfesten. Sie sang bei den Atomwaffengegnern in England, mit Friedensfrauen in Nordirland, mit den Müttern der Verschwundenen und Verschleppten in El Salvador, um nur einige Stationen zu nennen.

Fasia ist tot. Sie wird uns fehlen. Sie hat uns Mut und Kraft gegeben, weit über den Tag ihres Todes hinaus. Was kann man Besseres über einen Menschen sagen.



Weil du arm bist mußt du früher sterben

Diese alte Weisheit wird neu erlebt. Jeder hat seine Erfahrungen. Steigende Zuzahlungen in Apotheken, für Krankenhausaufenthalte und Kuren, Not- und andere Opfer. Immer mehr Armut und immer größerer Reichtum.

Eine britische Studie weist nach, daß Wohlhabende um sieben Jahre länger leben - und bei besserer Gesundheit, als Arme. Es gibt eine erschreckende Bilanz der Folgen von Arbeitslosigkeit vor allem für Männer: Schlaf- und Verhaltensstörungen, Alkoholismus, Gewaltbereitschaft, Scham, Depressionen, sexuelle Schwierigkeiten, Partnerschaftsprobleme, Spannungen in den Familien. Berliner Ärzte fanden wie ihre britischen Kollegen heraus, daß Lebenserwartung mit Armut und Wohlstand zusammenhängt: Angestellte mit einem Jahreseinkommen von 30.000 Mark haben geringere Chancen, das Rentenalter zu erreichen, als jene mit 60.000 Mark. Im armen Bezirk Kreuzberg sterben doppelt so viele Menschen unter 65 Jahren wie im reichen Zehlendorf. Und das Elend ihrer Eltern wirkt sich direkt auf die Gesundheit und das soziale Schicksal ihrer Kinder aus.

Die kapitalistische Gesellschaft preist mit Berechtigung - die "allgemeinen" Menschenrechte wie Religions-, Versammlungs- oder Meinungsfreiheit, spricht aber den sozialen Menschenrechten - Recht auf Arbeit, auf menschenwürdiges Wohnen, auf gleiche Gesundheitschancen - die Verbindlichkeit ab. Sie kommen in unserer Verfassung nicht vor. Man sollte darüber nachdenken.

Arbeitslosigkeit - neuer Rekord

„Offizielle“ Dezember-Zahlen 4,52 Millionen. Noch nie war die Quote in der Bundesrepublik so hoch. Im Durchschnitt sind im Westen 9,9%, im Osten 19,4% arbeitslos. Der Kreis Groß-Gerau steht mit 6,6% (Rüsselsheim 7,8%) noch relativ günstig da.

„Spitzenzahlen“ gibt es in den neuen Ländern: Sachsen-Anhalt 21,4%, Mecklenburg-Vorpommern 20,5%.

Jagoda: 1998 wird keine echte Wende auf dem Arbeitsmarkt bringen.

Wasserwerke statt Eurofighter

Demnächst stehen wieder Gebührenerhöhungen an. Der Kämmerer versucht in allen Ecken noch etwas zusammenzukehren. Bei der Vermietung stadteigener Räume und bei der Gebührensatzung für die Musikschule soll draufgesattelt werden. Ganz ärgerlich die Müllgebühren. Da die Riedwerke zum Zweckverband Abfallverwertung Südhessen beitreten, dann alles teurer wird, wird es auch hier teurer und das nicht zu knapp. Eine 120 Liter-Tonne soll sich von jetzt mtl. 20,40 um DM 12,- um voraussichtlich 58,82% auf 32,40 DM erhöhen.

Die örtlichen Stadtverordneten werden hierzu noch nicht einmal gefragt. Es gibt eine Vorlage, die wird „zur Kenntnis“ genommen.

Daß landauf, landab die Kämmerer überlegen, wie man die Löcher stopft, ist bekannt.

Wenn in einer Stadt die CDU regiert dann beschließt die CDU die Erhöhung - wenn die SPD regiert - die SPD. Und jeweils schimpfen die einen auf die anderen.

Das Problem ist bekannt - unten soll repariert werden, was oben kaputtgemacht wird.

Also: die Kommune als Reparaturbetrieb, die Parteien Ärzte am Krankenbett dieses Systems.

Daß dieses System krank ist, weiß man mittlerweile. Die neuen Arbeitslosenzahlen: bald 5 Millionen ohne Arbeit. Eine Besserung sei nicht in Sicht, meint Jagoda.

Wir wissen, diese Zahlen sind nur die offiziellen Zahlen. Viele sind bereits seit Jahren durch das Netz gefallen, sie werden von keiner Statistik mehr erfaßt. Wir wissen auch, diese Entwicklung macht auch um unsere Stadt keinen Bogen.

Wenn die Stadtregierung, voran Kämmerer Vorndran „die Bürger beim Sparen stärker mit einbeziehen“ will, dann muß er wissen - es gibt Grenzen der Belastung, die kann man nicht überschreiten.

Natürlich gibt's auch hier Leute, die können's verkraften - dazu gehören sicher die Spitzenleute im Rathaus. Aber es gibt auch die anderen, die jeden Pfennig zweimal umdrehen müssen.

Locker wird dann immer von „Zeiten knappen Geldes“ gesprochen. Das



Alles Gauner, oder was?

Als die Einkaufsgemeinschaft „Nürnberger Bund“ 1995 ihr Zentrallager in Gießen baute, wiesen wir darauf hin, daß den dort entstehenden Arbeitsplätzen mehr als doppelt so viele gegenüberstehen, die anderswo vernichtet wurden. Allein in unserer Stadt wurde ein Auslieferungslager mit 110 und ein Verkaufsbüro mit 35 Beschäftigten geschlossen. Gießen hatte dem Unternehmen sehr günstige Konditionen geboten, hatte extra einen darauf zugeschnittenen Bebauungsplan geschaffen, Bedenken des Naturschutzes zurückgestellt und für günstige Verkehrsanbindung einschließlich Anschlußgleis an die Bahn gesorgt. Jetzt hat der Nürnberger Bund einen Vergleich abgeschlossen und kooperiert mit dem "Kauf-ring". Der hat aber selbst ein nicht ausgelastetes Lager in Essen. Die Verteilung der Waren des Nürnberger Bunds soll aus Kostengründen jetzt dahin verlagert werden. Das Gießener Bauwerk, das inzwischen von den Gläubigerbanken verwaltet wird, soll angeblich anderweitig genutzt werden. Von ursprünglich dort versprochenen 600 Arbeitsplätzen gab es nur 330, und deren Zukunft ist jetzt mehr als ungewiß.

stimmt aber nicht! Geld ist da - nur in falschen Händen, und diese Bonner Regierung tut alles, daß es so bleibt. Der „Stern“ brachte es kürzlich auf den Punkt: „Die einen Schaffen, die anderen Raffeln!“

Die Reichen werden gehätschelt und die Armen ausgepreßt. Ungezählte Millionäre und viele Firmen drücken ihre Steuerschuld auf Null, während die Verkäuferinnen, die Fabrikarbeiter, viele Angestellte einen großen Teil ihres Einkommens an den Staat abliefern müssen.

Kein Wunder, daß da die Schere zwischen den Superreichen und den Armen immer größer wird.

Die einen sind arbeitslos, viele bangen um ihren Arbeitsplatz oder um ihre Rente, die anderen mehren an der Börse und mit Spitzengehältern ihr Vermögen.

Natürlich kann eine Stadtregierung nicht abfangen, was in Bonn täglich neu verbrochen wird.

Also müssen wir endlich beginnen, uns effektiver zu wehren. Schüler und Studenten demonstrieren - wann gehen Bürgermeister, Kämmerer, Stadtverordnete auf die Straße?

„Wasserwerke statt Eurofighter“ oder so ähnlich auf die Transparente. Wieso eigentlich nicht? rh

Die haben es nötig

Als „frechen Griff in die Taschen der Bürger“ hat dieser Tage die örtliche CDU die Anhebung der Gewerbesteuer und der Grundsteuer bezeichnet. Die Partei, die in Bonn ein Gesetz nach dem anderen macht, mit dem Ländern und Gemeinden die Finanzen beschnitten werden und in ständig kürzeren Abständen noch den Ärmsten ihre Zuwendungen kürzt, ruft „Haltet den Dieb“. Wes Geistes Kind die CDU in unserer Stadt ist, mag jeder Bürger selbst beur-

teilen. Noch vor einem dreiviertel Jahr wollte die CDU als „Preis“ für eine Zusammenarbeit mit der SPD ein neues Amt in der Stadtverwaltung schaffen - ein Rechnungsprüfungsamt - und die Amtsleiterstelle besetzen. Heute fordert sie Sparmaßnahmen und Personalabbau in der Verwaltung und beklagt gleichzeitig, daß Arbeit liegenbleibt. Als einzige Fraktion im Stadtparlament nimmt sie extra angemietete „Fraktionsräume“ in Anspruch.

Die haben es gerade nötig, vom Griff in die Taschen der Bürger zu reden.

Die DKP/Offene Liste hat der Anhebung der Gewerbesteuer zugestimmt, weil wir wollen, daß die örtlichen Großbetriebe, zur Finanzierung kommunaler Aufgaben (vor allem im sozialen Bereich) herangezogen werden, von denen sie in hohem Maß profitieren. Die DKP/OL hat ihre Bedenken gegen eine Anhebung der Grundsteuer B zurückgestellt und sich in der Abstimmung der Stimme enthalten, weil auch damit höhere Beiträge von den Großbetrieben in die Stadtkasse kommen. Das ist es, was die Damen und Herren vom „Club Der Unternehmer“ stört, alles andere ist reine Schaumschlägerei. GS

**Jede Mark hilft dem
»blickpunkt«!**

Unser Konto:

Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553

Trotz sparen kommt der Kämmerer auf keinen grünen Zweig.

Das hat Ursachen!

Die ganze Palette städtischer Leistungen wird durchforstet und eifrig nach Einsparmöglichkeiten gesucht. So hat man beim Personal den Blumenstrauß zum Dienstjubiläum gestrichen und durch ein paar warme Worte ersetzt oder bedenkt ältere Bürger beim „runden Geburtstag“ oder der goldenen Hochzeit mit einem reduzierten Glückwunsch. Diese paar Mark werden im Stadtsäckel wenig ausrichten, in der Außenwirkung der städtischer Gremien aber wohl viel bewirken - Negatives, wohlgemerkt! Wer möchte da Bürgermeister sein, wenn er mit fast leeren Händen zum Jubiläum geht?

Aber all diese Sparmaßnahmen helfen am Ende doch nicht, die Stadtfinanzen zu sanieren. Denn zur gleichen Zeit, da die Kürzungen beschlossen wurden, kommt aus Bonn die Botschaft, daß der Gesetzgeber die Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt auf 16% angehoben hat. Das wird die Stadt ca. 60.000 bis 70.000 Mark im Jahr kosten.

Die Privatisierung der Bahn - und damit die Regionalisierung (immer noch als gute Idee gepriesen) - kostet die Stadt in diesem Jahr ca. 360.000 Mark.

Fazit: Der Kämmerer kann noch so strampeln, er wird in Sachen Konsolidierung der Stadtfinanzen nicht zum Ziel kommen. Es sei denn, die Rahmenbedingungen in Deutschland werden entsprechend geändert. R.D

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**

„Ein Golfplatz ist Wirtschaftsförderung“

Dieser schöne Satz stammt von Alfons Faust (CDU), Direktor des Umlandverbandes Frankfurt.

Sozialdemokraten haben da oft die gleiche Meinung.

Im Kreis Groß-Gerau sind 6 (in Worten sechs) Golfplätze im Gespräch. In Hessen gibt es schon 42. Das Golfieber ist also ausgebrochen. In Trebur will die SPD jetzt unter „gewissen Bedingungen“ genehmigen. Es könnte auch für den Normalverbraucher erschwinglich sein, hieß es. Da kann man nur kichern.

Auf was es hinausläuft? Die im Ballungsraum knappe, frei zugängliche Landschaft wird weiter reduziert zugunsten weniger Privilegierter.

Grob fahrlässig

Eine Woche vor Weihnachten, der Boden war gefroren und es fing an zu regnen. Spiegelglatte Straßen. Ebenso auch die Bahnsteige auf unseren Bahnhöfen. Am nächsten Morgen um zehn Uhr war das Bahngelände noch immer vereist und nur mit großer Vorsicht zu betreten. Selbst in unmittelbarer Gleisnähe war nicht gestreut. Es grenzt an grobe Fahrlässigkeit, bei derartigen Wetterverhältnissen nicht zu streuen. Ist die Sicherheit der Fahrgäste überhaupt noch gewährleistet bei einem Bahnmanagement, das Beschäftigte und Leistungen abbaut? Man kann unter solchen Umständen bald nicht mehr empfehlen, mit der Bahn zu reisen.



Engagement

Schülerinnen und Schüler einer 7. Klasse der Bertha-von-Suttner-Schule engagierten sich vor dem alten Rathaus Mörfelden für die hungernden und versklavten Kinder im Sudan.

Zum 200. Geburtstag von Heinrich Heine

*Ich kenne die Weise,
ich kenne den Text,
Ich kenn' auch
die Herren Verfasser;
Ich weiß, sie
tranken heimlich Wein
Und predigten
öffentlich Wasser.*

Vor zweihundert Jahren, am 13. Dezember 1797, wurde Heinrich Heine geboren.

Heines bissige Zeilen über die Volksbetrüger seiner Zeit könnten im Dezember 1997 geschrieben sein.

Immerhin, gleichzeitig mit der Erhöhung der Mehrwertsteuer gibt es demnächst mal wieder eine Diätenerhöhung in Bonn.

Auch die folgenden Zeilen sind aktuell:

*Hat man viel, so wird man bald
Noch viel mehr dazu bekommen.
Wer nur wenig hat, dem wird
Auch das wenige genommen.*

*Wenn du aber gar nichts hast,
Ach, so lasse dich begraben -
Denn ein Recht zum Leben, Lump,
Haben nur, die etwas haben.*

Und in „Deutschland, ein Wintermärchen“ finden wir noch die Forderung:

*Wir wollen auf Erden glücklich sein,
Und wollen nicht mehr darben;
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,
Was fleißige Hände erwarben.*



POST

Aus Wageningen meldete sich vor kurzem Herr C. W. Küchler. Seine Vorfahren stammten aus Mörfelden. Er wollte wissen wann sie nach Holland auswanderten. Wir haben ihm die genauen Unterlagen geschickt. Herr Küchler bedankte sich inzwischen herzlich bei uns.

Herbert Völker, Mörfelden, schrieb uns:

„Über die Veröffentlichung von Bild und Text über unseren ehemaligen Arbeitsplatz/Familie darf ich mich sehr herzlich bedanken.

Hier zeigt sich wieder, daß der „blickpunkt“ das einzige Blatt ist, welches die Verbindung zwischen den alten Mörfeldern und Walldorfern aufrecht hält und alte Erinnerungen wachruft.

Ein alter Spruch von mir: Was für den Garten ist der Dung, ist für den Mensch: Erinnerung . . .“

PS: Beigefügt eine kleines Dankeschön für den Bericht.“

**Der „blickpunkt“
freut sich immer auf
Leserbriefe**



Kinderlieder mit Fredrik Vahle

Bei einer DKP-Veranstaltung im Dezember trat der bekannte Kinderliedermacher Fredrik Vahle auf. Das junge Publikum war außer Rand und Band.

Herzliche Einladung zur Bertolt Brecht Geburtstagsfeier

Für Dienstag,
10. Februar 1998,
lädt der „blickpunkt“
alle Bürgerinnen und
Bürger zu einer
Brecht-Geburtstagsfeier ein.
Treffpunkt:
20 Uhr, „Goldener Apfel“,
Gewölbekeller.

Kalter Jahreswechsel

Für einen kalten Jahreswechsel haben die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Deutschen Industrie kräftig gesorgt.

Im Jahr 1998 geht es Ihnen nicht mehr nur um Lohnverzicht, sie wollen ganz klar den Tarifvertragsbruch. Arbeitgeber, die bereits heute Tarifverträge nicht einhalten - und davon gibt es nicht wenige - werden vom Präsidenten der Deutschen Industrie als vorbildlich bezeichnet.

Für Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt sind neue Arbeitsplätze nur zu schaffen, wenn es auch weiterhin Lohnverzicht gibt.

Gesamtmetall-Chef Stumpfe redet von Tarifreform und meint damit, daß die ArbeitnehmerInnen mehr für weniger Geld arbeiten sollen. Falls die Gewerkschaften 1998 Schluß machen mit der „Bescheidenheit“, bangt die Industrie um den Aufschwung.

Je näher die Bundestagswahl rückt, desto optimistischer wird allerdings so manche Prognose für den Wirtschaftsaufschwung. Die konjunkturelle Durststrecke ist in Deutschland überwunden, freuen sich regierungsfreundliche Wirtschaftsgutachter. Es ist mit einem weiteren Wirtschaftswachstum zu rechnen, sagen Wirtschaftsforschungsinstitute, aber die Arbeitslosigkeit erreichte im Dezember Rekordhöhe. Die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren Lohnverzicht hingenommen, Weihnachtsgeld und freiwillige Zahlungen wurden in den Betrieben bereits massiv gekürzt. Das langt jedoch den Unternehmern nicht. Sie wollen den Kolleginnen und Kollegen erst die Butter vom Brot nehmen und dann das ganze Brot.

Die Diskussion um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall ist für die Arbeitgeber noch lange nicht abgeschlossen, sie wollen die wöchentliche Arbeitszeit wieder anheben, die Flächentarifverträge kippen, das Streikrecht einschränken und die Gewerkschaften aus den Betrieben drängen.

Die Tarifautonomie und das Streikrecht werden durch die Verfassung geschützt. Die Äußerungen von Hundt, Henkel und Stumpfe lassen keinen Zweifel daran, daß die Arbeitgeber- und Industrieverbände bereit sind, auch die Verfassung zu brechen.

Warum werden diese Herren eigentlich nicht vom Verfassungsschutz überwacht?
H.F.



Aus: FR

Ein wenig übertrieben sei diese Karikatur aus der „Frankfurter Rundschau“, hörten wir. Aber nun hat erst die SPD-Spitze ihre Zustimmung zum „Großen Lauschangriff“ gegeben (nur 2 stimmten dagegen), und bei der Abstimmung im Bundestag selbst stimmten 125 von 252 SPD-Abgeordneten am 16.1. für das neue „Abhörsgesetz“. Beim Wahnsinnsprojekt Eurofighter gab es auch SPD-Enthaltungen und sogar ein paar Ja-Stimmen. Einen knallroten Wahlkampf wollten die Sozialdemokraten führen - jetzt vielleicht doch nur einen schamroten. Vereinfacht könnte man aber sagen: „Ob Kohl, ob Schröder - ganz egal, in Deutschland herrscht das Kapital!“ Stimmt doch - oder?

Kriegsgewinnler

Es ist immer dasselbe. Große Firmen Adler, Opel, Züblin und viele, viele andere haben im Krieg Sklavenarbeiter beschäftigt, Menschen aus den Konzentrationslagern erhalten, die ausgebeutet wurden bis zum Tode. Diese Firmen gehörten zu den Gruppen, die im Krieg am massenhaften Sterben verdienten.

In den Firmenchroniken gibt es dann meist keine Seite über diesen Zeitabschnitt.

Wenn mal nach 1945 in irgendeiner Weise eine Entschädigung (aus der Portokasse) bezahlt wurde, geschah es unter großem Druck von außen. Man will nichts davon hören.

Aktuelles Beispiel Züblin. Im Jahre 1944 waren im KZ Außenlager Walldorf 1700 ungarische Jüdinnen interniert, um für Züblin am Flughafen zu schufteten. Die Arbeit ging von 6 bis 18 Uhr. Züblin bezahlte 4,- Reichsmark pro Tag und Arbeitskraft und übernahm eine „Mindestversorgung“.

Als jetzt die Schülerinnen und Schüler der 13. Klasse der Bertha-von-Suttner-Schule bei Züblin wegen ei-

ner Entschädigung für die wenigen Überlebenden anfragte, bekamen sie eine knallharte Antwort: „Die Geschäftsleitung hat festgelegt, daß dazu keine Stellungnahme abgegeben wird“. Im übrigen sei man jetzt bis Ende April/Anfang Mai mit der Abfassung der Geschäftsberichte befaßt.

Eine Frechheit, eine Schande und ein Lehrstück.

Probexemplare bei der
„blickpunkt“-Redaktion

WZ

Wochenzeitung
der DKP



Alte Fotografien von Gebäuden und Straßen zeigen sehr deutlich, wie stark sich das Ortsbild im Laufe der Jahrzehnte verändert hat. Viele der alten Häuser wurden modernisiert, mit zusätzlichen Stockwerken und größeren Fenstern versehen, Höfe überbaut und alter Baumbestand beseitigt. Der dörfliche Charakter ging dadurch ganz allmählich verloren. Unser heutiges Foto aus dem Jahre 1915 zeigt die Gaststätte "Zum Adler" in Walldorf in der Kelsterbacher Straße – Ecke Ludwigstraße.



Bis auf die markante überbaute Toreinfahrt, ist heute nichts mehr vom damaligen Aussehen zu erkennen. Anscheinend wurde der ehemalige Rundbogen über der Hofeinfahrt schon vor 1915 anlässlich eines Umbaus mit einem schweren Sturzbalken versehen. Die Öllaternen über dem Gaststätteneingang und am Nachbarhaus zeigen, daß Walldorf noch nicht an das elektrische Stromnetz angeschlossen war. Erst 1919/20 konnte die Oberleitung verlegt werden, die alle Häuser mit Strom versorgte. Das Wirtshaus wurde 1860 von dem Wagnermeister Wilhelm Jourdan 5. gegründet und ab 1893 von seinem Sohn und danach von seinem Enkel, Emil Jourdan, weitergeführt. Zu der Gaststätte gehörte eine Kegelbahn und ein Saal für Veranstaltungen, es gab jährlich "Kerweborsch" und der Gesangverein Frohsinn hatte dort sein Domizil. Die alten Walldorfer sagten zu diesem Lokal auch vereinfacht "zum Wagner-Lui". Heute befindet sich in den Räumen des ehemaligen "Adler" das "Grill-House". Die Personen auf dem Foto sind von links: Peter Jourdan, Marie Jourdan, Albert Jourdan, Christine Jourdan, Wilhelm Jourdan, Adolf Pons (Schmieds-Adolf) und am Fenster stehend Jakob Ludwig Jourdan (Wagner-Lui).

Gysi im Bürgerhaus

Dr. Gregor Gysi, Vorsitzender der Abgeordnetengruppe der PDS im Deutschen Bundestag, spricht am

**Mittwoch, 11. Februar 1998, 20 Uhr
im großen Saal des Bürgerhauses in Mörfelden**

Alle Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt sind zu dieser öffentlichen Veranstaltung herzlich eingeladen.

Linke Runde - Diskussionsforum der DKP Mörfelden-Walldorf

Unser Lexikon



**Schebbsche
Kleines Glas Bier**